

lich am Geldbeutel, getroffen werden, läßt sich mit Sicherheit annehmen, daß ernsthafte Schritte zur Bekämpfung des Übels unternommen werden. Doch welche Körperchaften und welche Personen sind zur Ausbringung der Mittel heranzuziehen?

In erster Linie Staat und Gemeinde, die beide zusammen die Verwaltungskosten tragen sollen. Sodann das Reich, dessen Jahresbeitrag Moskau auf 73 1/2 Millionen Mark berechnet. Würde aber die Zahl der Arbeitslosen dauernd eine höhere sein, dann würde sich das Reich wohl etwas rascher als jetzt dazu entschließen, die Arbeitszeit gesetzlich zu regeln und zu verkürzen! Der verbleibende Rest von 146 2/3 Millionen wäre dann von den Unternehmern und den Arbeitern zu gleichen Teilen aufzubringen. Die Unternehmer würden auf diese Weise auch daran interessiert, selbst zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beizutragen, was sie durch zweckmäßige Verteilung der Arbeit, durch Vermeidung von Überanstrengung der Arbeiter, von Verringerung der Arbeitszeit, von der dann regelmäßige Arbeitslosigkeit folgt, regeln könnten. „So lange die Arbeiter allein die schlimmsten Wirkungen dieser nur dem Nutzen der Kapitalisten dienenden Arbeitsmethode zu tragen haben, werden von anderer Seite keine ernsthaften Anstrengungen gemacht werden, geregelte Zustände zu schaffen. Würde aber dieses Schwanken zwischen Überanstrengung und völligem Stillstand erhöhte Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zur Folge haben, dann läßt sich erwarten, daß auch die Unternehmer sich bemühen werden, eine regelmäßige Beschäftigung der Arbeiter herbeizuführen.“

Moskau buhrt steht wie bei der Krankenversicherung die Arbeitslosenunterstützung nach dreijähriger Arbeitslosigkeit vor und zwar anfänglich für die Dauer von drei Wochen. Die Unterstützungsdauer sollte jedoch wachsen mit der Dauer der Beitragsleistung, so daß Arbeiter nach 30 bis 40jähriger ununterbrochener Beschäftigung ein Recht auf Arbeitslosenunterstützung von länger als einem Jahre erwerben könnten. Nur Auszahlung dürfen aber Rechtsansprüche in dieser Höhe nur dann kommen, wenn der Arbeiter in a l l d geworden ist und seine Kräfte nicht mehr ausreichen, Arbeit eifsen zu können.

Unterstützt werden müßte die Arbeitslosenversicherung durch eine allgemeine Organisation des Arbeitsnachweises, der dann die Arbeitslosenunterstützung auszahlen, die Kontrolle üben und die Arbeitslosenstatistik aufstellen könnte. Arbeitslose, welche Ortswechsel vornehmen müssen, sollen neben der sonstigen Unterstützung Heilgeld und, wenn verheiratet, Unjugsgeld für die Familie erhalten.

Zur Vereinfachung der Kontrolle und der Verwaltung schlägt Moskau die Vereinigung der Arbeitslosenversicherung mit der Invalidenversicherung vor.

Mit vollem Recht lehnt Moskau den Vorschlag des Würzburger Professors Schanz auf Einführung des Sparzwanges zum Zwecke der Fürsorge für die Arbeitslosigkeit ab. Der Vorschlag ist unrationell und praktisch undurchführbar, er ist aber auch rein kapitalistisch-mandchertlich-individualistisch und daher in schroffem Gegensatz zu jeder Solidarität.

Schließlich hegt aber Moskau die Organisation der Arbeitslosenversicherung im Sinne seines entwickelten Projektes wenig Zweifel. Er meint nicht mit Unrecht, daß sich die herrschenden Klassen dagegen mit aller Kraft sträuben würden und es daher nur im Zusammenhang mit der politischen Wachsstellung der Arbeiter denselben möglich sein wird, eine Arbeitslosenversicherung zu erringen, die rückwärts auch im Stande ist, die Arbeitslosigkeit selbst zu mindern.

Unsere Berliner Kollegen haben gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verein deutscher Schuhmacher einen Protest beschlossen. Aus den vorstehenden Darlegungen werden sie einsehen lernen, wie unangebracht in solchen Dingen Proteste sind, denn damit werden unbedeutsame Fragen wieder gelöst noch sonst aus der Welt geschafft. Im übrigen können wir zur Verhütung der Berliner Kollegen sagen, daß uns nichts ferner liegt, als auf die Beratung und Beschlussfassung unserer Kollegen in dieser Sache irgend welchen Druck auszuüben. Sie haben von uns aus die volle Freiheit der Entschließung.

Aus unserm Beruf.

Fraustadt a. O. Bezug von Zwickau nach hier ist ferngehalten, da in einigen Fabriken Lohnkürzungen in Aussicht stehen.

Dabau. Hier sind Lohnkürzungen ausgedrohen. Bezug ist daher ferngehalten.

Arbeitslose Schuhmacher. In München werden sich in den Tagen vom 27. bis 29. Januar beim Gemeindefesttag 1877 Arbeitslose, worunter 120 S. G. u. m. a. z. r. In der Stadtvorstandersammlung brachte Herr Müller diese erscheinende große Arbeitslosigkeit zur Sprache, womit er seinen Einbruch zeigte. Ein Tupp Arbeitsloser soll das Maßmaß von eine Deputation empfangen wurde und das Besondere erhielt, daß möglichst Arbeitslosenstellen geschaffen werden soll.

Die Berliner Schuhindustrie im Jahre 1901. Dem letzten Jahresbericht des Reichsausschusses der Berliner Kaufmannschaft entnehmen wir folgende Darstellung der Berliner Schuhindustrie im Jahre 1901: „Die Schuhfabrikation ergibt sich während der ersten Jahreshälfte wohl ziemlich auf der Höhe des Vorjahres, in der zweiten nahm sie einen bedeutend ungünstigeren Verlauf. Das die einzelnen Sorten anbelangt, so erzielten die braunen Sommer-Schuhe sich vorzüglich in der Gunst der Käufer, auch weiße und borbare Schuhe wurden in wachsendem Maße begehrt. Die Filzschuhfabrikation war gut beschäftigt, aber es hatten sich bis zum Spätherbst infolge der wenig kalten Witterung große Lager angeammelt.“ Weiter wird angeführt, daß der Devisen-Verfall die fortschreitende Verdrängung der handwerklich-geübten Kleinbetriebe durch die Schuhfabrikation und den Schuhhandel hat, da der Bedarf von Lederhäuten aus dem Schuhfabrikanten übergeht, von dem der Schuhfabrikant seinen Bedarf deckt.

„Vertrugungen.“ Unter dieser Überschrift brachte der „Schuhmarkt“ jüngst einen Zeitartikel, in dem er die Forderung der schwarzen Histen durch die Unternehmer entschieden verurteilt und als das dem Streik der Arbeiter entsprechende Kompensationsmittel der Unternehmer die Ausweisung bezeichnet. Diese Ausweisung ist durchaus richtig und wäre nur zu wünschen, doch in diesem Punkte die Schuhfabrikanten ihrem Organ folgten. In demselben Artikel beurteilt der „Schuhmarkt“ aber auch die Arbeit unserer Berliner Kollegen, zur Durchführung des von ihnen aufgestellten Minimallohnartikels eventuell Betriebs-, d. h. Konsumverpflichtung zu erwidern. Der „Schuhmarkt“ beurteilt dieses Drohmittel aber nicht als schlecht oder unmoralisch, sondern weil er für ungewöhnlich und unbillig erachtet. Nun da kann es eben auf eine Probe an. Ein praktischer Versuch damit liegt bereit vor, den im Frühjahr 1901 die Berliner Barbiergehilfen machten und zwar ebenfalls mittels Durchführung ihrer an die Meister gerichteten Forderungen, doch sind wir über den Erfolg dieses Versuches nicht genau unterrichtet. Unsere Berliner Kollegen würden zur Ausführung ihrer Arbeit natürlich erst schreiten, wenn die Innungsmeister jedes Entgegenkommen verweigern, so daß es ganz von ihrem Verhalten abhängt, ob das „Drohmittel“ angewendet wird oder nicht.

Februar 1. S. — ein Schuhmacher-Idyll. Im Kaiserlicher „Volkstempel“ wurde folgende Einleitung aus Februar veröffentlicht: „Ein Beispiel der bekannten ‚Arbeitsfreundlichkeit‘ des Unternehmens liefert neuerdings wieder die bekannte Schuhfabrik K. a. l. d. hier. Da die Vorkunditionen in dem Betrieb dieser ‚liberalen‘ Herren überhand nahmen, kamen endlich eine Anzahl der vorerwähnten zur Meinung, und sie entschlossen sich, um die Produktionskosten der Unternehmer einen Deming entgegenzusetzen, den Anstoß an die gewerkschaftliche Organisation zu bewerkstelligen. In diesem Sinne fand am 2. Februar in Frankfurt eine Versammlung statt, in welcher sich 70 Kollegen in den Händen deutscher Schuhmacher aufzählten. Das war in den Augen der Direktion eine unerhörte That, die schwer geahndet werden mußte. Am nächsten Freitag, dem 11. Februar, wurden etwa 17 Mann ohne Angabe des Grundes gefänglich. Damit noch nicht genug, wurde auch einigen Schuhmachern, welche in den Arbeiterhäusern der heiligen Weber wohnen, die Pforte gesperrt. Da kann man sehen, wie das Unternehmertum das Gesetz respektiert. Nach dem Gesetz haben die Arbeiter das Recht, sich zu vereinigen, was sie aber nicht tun dürfen, wenn sie sich zum Zweck der Bekämpfung der Arbeiter vereinigen. Herr Kraft beweist durch sein Vorgehen, daß er noch zu jener Sorte rückwärtiger Unternehmer, deren Zahl immer kleiner wird, gehört, die sich als Fabrikanten fühlen und gebären und die Arbeiter als Hitzn betrachten. Die Zeit für Fabrikanten und Fabrikbetriebe ist aber vorüber und die noch vorbandenen Elemente in der Kraft müssen von der Arbeiterbewegung zu modernen Kapitalisten erzogen werden.“

Schubhülle. Der Verband der Schuhfabrikanten in Ostschweiz, der in „Schuhmarkt“ einen Aufruf an alle deutschen Schuhfabrikanten zur Unterzeichnung einer weltlichen Petition an den Reichstag um Beschaffung der Schuhhülle für die beschiedenen Kategorien auf 50, 100, 150 und 200 Mk. gegen 85, 120 und 180 in der Regierungsvorlage. Unsere Schuhfabrikanten haben sich zum Teil zu Schuhhüllen in la Regarter entschieden.

Auflösung des Zwangsinnungen. Die Auflösung der Schuhmacher-Innung in Wöhring 1. S. ist in einer Versammlung mit 68 Stimmen von 67 Anwesenden, also einstimmig beschlossen worden. Dieser Art „Handwerkerei“ hat demnach glänzend Fiasco gemacht.

Ein allgemeiner deutscher Schuhmachergenossenschaftsverband wird in der „Deutschen Schuhmachergenossenschaft“ vorgeschlagen und hierfür ein ausführlicher Statutenentwurf vorgelegt. Wir erörtern daraus die Forderung von Staatsrecht.

Aus der Schuhindustrie. Die Weissenfelder Schuhfabrik von Selter und Selter hat verständigweise die englische Arbeitszeit eingeführt, die von 3 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags dauert und nur durch eine halbstündige Pause unterbrochen wird. Es handelt sich dabei vollständig nur um einen Versuch. — Der frühere Zwingler Schuhfabrikant Spahn wurde von der Strafkammer in Weimern wegen Beschäftigung zu 1 Jahr 10 Monaten Gefängnis verurteilt. — In Pirnaiten wurde ein bereits verhafteter Schuhhülle namens Trobal zu 6 Jahren Zuchthaus und in Kollege Haber zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, während eine Frau Zimmermann wegen Zuhilfenahme 3 Monate Gefängnis erhielt.

Ein amerikanisches Urteil über die deutsche Schuh-Industrie.

Eine schmeichelhafte Anerkennung der Intelligenz und des Strebens der deutschen Schuhfabrikanten und zugleich eine Verurteilung für die letzteren in Bezug auf die „drohende“ Gefahr der amerikanischen Schuhindustrie bildet ein in der amerikanischen Fachzeitung „Shoe and Leather-Reporter“ entfallener Bericht des erst kürzlich von einer Europa-Reise nach Amerika zurückgekehrten Präsidenten Hermann Bohn der Bolton Shoe Company in Rochester, welcher sich über den Stand der Schuhfabrikation in den verschiedenen europäischen Ländern äußert. Wir geben hiermit das für unsere Leser Interessanteste aus dem betreffenden Bericht wieder:

„Der Bohn fand, daß das Feld für amerikanische Schuhe besonders in England ein sehr großes wäre, wenn die Schuhe von besserer Qualität und genau nach Muster geliefert würden. In Frankreich sind die Verhältnisse, wenigstens in den großen Städten, ungefähr dieselben, ungünstiger liegen sie dagegen in Deutschland. Dort sind bemerkenswerte Fortschritte in der Schuhfabrikation gemacht worden und wenn auch vorzweifelhaft gegenüber noch viel amerikanische Schuhe gebraucht werden, sind unsere geschäftlichen Aussichten in diesem Punkte nicht so gut, wie in den anderen beiden Ländern.“

In einem anderen Abzug des Berichtes heißt es weiter: „Die deutschen Schuhfabrikanten sind ohne Frage sehr vertraut mit den besten Fabrikanlagen, welche als für französische und englische. Derselben könnten jedoch, wenn nach Amerika, um die amerikanische Schuhfabrikation zu hindern, und die Folge ist, daß sie unsere Methoden adoptiert haben und langsam aber sicher auf dem richtigen Wege fortschritten.“

„In land in Deutschland bessere Schuhfabriken als irgendwo in England oder Frankreich, und obgleich das erste Land mit eigenen Stammlern ist, muß ich gestehen, daß es für die Schuhfabrikanten der Vereinigten Staaten mit größter Gefahr verbunden ist, Schuhe in größeren Quantitäten nach Deutschland zu schicken. In Hamburg hätte ich darüber liegen, daß amerikanische Schuhe zu so unkomfortabel, wie sie bestellt wurden, und es ist Tatsache, daß die Händler beim Verkauf der Schuhe oft große Veränderungen im Sortiment vornehmen, wodurch die Qualität der Ware geringer wird. Was kann, wenn Reklamationen erfolgen, der amerikanische Schuhfabrikant thun? Der Zoll ist bezahlt, die Ware ist in Folge der Bestellung beschickt, und wenn sie nicht abgeholt wird, bedeutet dies einen vollständigen Verlust, denn man auf seiner Weise eingehen kann.“ — Danach ist die amerikanische Schuhfabrikation nicht so gefährdend, als man sie immer hinzuwenden beliebt. Während der Zollkampagne geschieht die Ueberzeugung zu dem essenziellen Zweck, die gewöhnlichen Forderungen zu bekommen und das Ziel ist ja auch erreicht worden.“

Bericht über die Konferenz der Zahlstellen Württembergs.

Am 15. Dezember 1901 tagte im Gewerkschaftshaus in Stuttgart eine Konferenz von Delegierten der württembergischen Zahlstellen des Vereins deutscher Schuhmacher. Anwesend waren aus 16 Zahlstellen 23 Delegierte. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Bietigheim, Böblingen, Neulingen und Schwenningen. Vom Zentralvorstand war Kollege Kollmann anwesend. Der Bezirksbeamte Kollege Hipp eröffnete die Sitzung und ließ die Delegierten herzlich willkommen sein. Zu Vorkommen wurden die Kollegen Bauer-Narbach und H. Müller-Görlitz genannt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Tätigkeits- und Reaktionsbericht und die Relationen unter dem Anknüpfungsbezug, referierte Kollege Hipp. — Referent vertritt auf den in Nr. 46 im „Fachblatt“ erschienenen Jahresbericht der Agitations-Kommission, fängt demselben nach bei, daß seit 30. September noch eine Versammlung in Ulm, sowie die Fortsetzung der in dem vorigen Jahresbericht, in dessen Inhalt Differenzen ausgedrückt sind, stattgefunden hätten; dieselben seien zu Gunsten der Arbeiter beigelegt worden. — Ebenfalls hätten sich Versammlungen mit Vorträgen stattgefunden in Ruffenhau und Kornwiesheim. Solman besprach der Referent die Ursachen, warum die Agitation ein so geringes Resultat zu verzeichnen hatte. Uebergehend zur Agitation unter dem Anknüpfungsbezug, betont Referent, daß eine wirksame Agitation nur betrieben werden könne, wenn auch die finanziellen Mittel hierzu vorhanden seien; für die Agitation hätten aber nur 50 Mk. pro Vierteljahr zur Verfügung gestanden. Obwohl das Verhältnis zwischen dem Beamten und dem Bezirk ein gutes war, ließen die Beiträge, wie zu leisten für die Zahlstellen verpflichteten, nur sehr spärlich ein, so daß der Gehalt des Beamten vom Bezirk noch 68 Mk. rückständig sei. Solman besprach Referent noch die Notwendigkeit eines Bezirksbeamten für Württemberg.

In der darauf folgenden Debatte bedauert Kollege H. Müller-Görlitz, daß die Zahlstellen für Agitation gar keine Beiträge bezahlt hätten und stimmte im Übrigen dem Bericht zu. — Weiter-Lautungen rechtfertigte die Zahlstelle Tutlingen, dieselbe hätte am Orte so viele Ausgaben, es sei ihr deshalb nicht möglich, das Geld für die Agitationskommission aufzubringen; im Übrigen dem Bericht beistimmend, bekräftigte er die Anstellung eines Bezirksbeamten, besetzt vom Zentralvorstand.

Kollege Kollmann führte aus, wenn man die Mittel betrachte, die dem Zentralvorstand zur Verfügung stehen, werden man begreifen, daß derselbe gegen die Belohnung durch den Zentralvorstand sei. — Was auf der nächsten Generalversammlung die Einführung einer obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützungskasse mit einer Beitragsleistung von 30 Pf. beschließen, so würde den Zahlstellen mehr Geld zur Verfügung und die Belohnung eines Sachbeamten würde denselben dann wesentlich leichter werden.

Kollege Wildermuth-Sültgart trat für einen Bezirksbeamten ein, unter eventueller Begünstigung des Bezirks, und Belohnung durch den Zentralvorstand. Im gleichen Sinne sprachen sich die übrigen Referenten aus.

Hierauf wurde ein Antrag der Agitations-Kommission, lautend: „Die Generalversammlung möge beschließen, für den Bezirk Württemberg, unter eventueller Begünstigung desselben, einen Bezirksbeamten anzustellen. Die Anstellung und Belohnung erfolgt durch den Zentralvorstand. Die Zahlstellen haben zum Gehalt desselben acht von ihrem an Orte verbleibenden Prozente an den Zentralvorstand abzuführen“, einstimmig angenommen.

Als Ziel der Agitations-Kommission wurde Sültgart weitergewählt.

Ein Antrag dahingehend, daß die Zahlstellen des Bezirks einen Betrag von 10 Pf. pro Quartal und Vierteljahr an die Agitations-Kommission zu leisten haben, wurde gegen zwei Enthaltungen (Tutlingen und Badrang) ebenfalls angenommen.

Zum zweiten Punkt: Die wirtschaftliche Krise und deren Wirkung auf die Höhe und Arbeitsverhältnisse unserer Branche“ referierte Kollege Kollmann. In ausführlicher Weise schilderte Referent die Ursachen der Krise, die Folgen für uns, die durch die Krise entstehen und unsere Aufgaben für die Zukunft. Referent empfahl die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung.

In der darauf folgenden Diskussion sprach sich Kollege Kollmann gegen die obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung aus. — Was die Zahlstelle Heilbronn gegen jede Beitragsleistung. — Badenweiler-Görlitz ist für Erhöhung der Beiträge und spricht sich im weiteren für höhere Arbeitslosenunterstützung als Krankenunterstützung aus. — Walter-Büfinghausen tritt ein für Erhöhung der Wochenbeiträge auf 40 Pf., für Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung und stellt hierzu einen diesbezüglichen Antrag. — Die Kollegen H. Müller-Görlitz und H. Müller-Görlitz betrachten die Einführung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung als ein Mittel zum Zweck, den Kampfcharakter der Zahlstellen als ein Mittel zum Zweck, gerade um den Verband kampfsüchtig zu machen, seien die Unterstützungsleistungen von Notwendigkeit. — Kollmann ist im Prinzip für die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, glaubt aber, daß die Zeit zur Einführung derselben noch verstrich sei. Ein von Kollegen H. Müller-Görlitz gestellter Antrag auf Schluß der Debatte wurde hierauf angenommen.

In seinem Schlußwort freut sich Kollege Kollmann, daß die Stimmung seit 1896 eine wesentlich andere geworden sei. Wenn man den Kollegen sage, daß ein einziger Lohnabzug manchmal hindere, so werden dieselben begreifen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, dem Verband beizutreten. Wenn die Forderungen der Agitation durchgehen, müssen wir auch begehren. Wenn man weiteren Kollegen beigelegt mache, was durch den Verband schon erreicht, was durch denselben verhindert wurde, dann werden dieselben einsehen lernen, daß Einigkeit fast macht, dem Verbande auch ganze höhere Beiträge zahlen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag von Kollegen Walter abgelehnt, dagegen die von Kollegen Hipp eingebrachte Resolution, lautend: „Die am 15. Dezember 1901 in Stuttgart tagende Konferenz möge die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung für dringend notwendig und verpflichtend sich die Delegierten in ihren Zahlstellen dafür zu wirken“, fast einstimmig angenommen.

Der Punkt: „Heimarbeit in Württemberg“ mußte veranlassen werden, da die Mehrzahl der Zahlstellen der Aufforderung der Agitationskommission, diesbezügliche Fragebogen einzuwenden, nicht nachgegeben sind.

Hierauf wurde beim vierten Punkte über Anträge zur Generalversammlung zu handeln. Ein Antrag des Kollegen Hipp, zu 3 unserer Statuten anzufügen: „Jedoch werden die bisherigen Beiträge der Summe zu in Anwendung gebracht“, wurde ebenfalls angenommen. Ein zweiter Antrag von Hipp lautend: „Den Zahlstellen ist mit Genehmigung des Zentralvorstandes gestattet, Beiträge zu erheben“, wurde, nachdem Kollmann sich dagegen ausgesprochen, weil damit noch nicht verhindert werde, was damit verhindert werden soll, ebenfalls angenommen.

Drei Anträge der Zahlstelle Kornwiesheim, lautend: 1. Die nächste Generalversammlung soll den Ort der übernächsten Generalversammlung bestimmen; 2. Anträge zur Generalversammlung, auch die des Zentralvorstandes sollen 4 bis 6 Wochen vorher im „Fachblatt“ veröffentlicht werden, damit die Zahlstellen dieselben diskutieren können; 3. die von der Generalversammlung gestellten Beschlüsse sollen in ihrer Fassung endgültig bis zur Tagung der nächsten Generalversammlung aufrecht erhalten bleiben, wurden nach Begründung des Kollegen Kollmann fast ohne Debatte angenommen.

Ein Antrag G. Müller, den Bericht der Generalversammlung im „Fachblatt“ erscheinen zu lassen, fand ebenfalls Annahme.

zum vierten Punkte: Die Aufgaben der bevorstehenden Generalversammlung... In der sich anschließenden Debatte, an welcher sich die Kollegen... Es folgen noch eine Reihe Reden, bis der Bescheid durch...

Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“... Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“... Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“...

Ueber einen Antrag Hagedorn-Goburg, dem Kollegen Siebert... Der vorgezogene Zeit halber und in Anbetracht dessen, das...

Ihre Generalversammlung.

Als seiner Zeit auf der Generalversammlung des Verbandes... Unser Gefühl hat nicht getrübt. — Egen wir uns die...

worden und bleiben. Dann sind diese ganz arbeitslos? Wenn... Dann stellt der Vorstand den Antrag, das „Frachblatt“...

Dann stellt der Vorstand den Antrag, das „Frachblatt“... Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“...

Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“... Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“...

Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“... Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“...

Erwidern zur Arbeitslosenunterstützung.

In Nr. 2 des „Frachblatt“ erlaube ich mir nach Ablauf von... Wenn ein Gegner im Gewerkschaftsbereich sich mit der Frage...

Wenn der Vorstand mit seinem letzten Artikel die Diskussion... Ein Antrag Hagedorn-Goburg, die Redaktion des „Frachblatt“...

Es freut mich, das, wenn das Oligatorium nur mit dem Willen... Die angeführten Zahlen vom Metallarbeiterverband waren...

Die angeführten Zahlen vom Metallarbeiterverband waren... Auch Dittmar-Gharoltenburg läßt es sich nicht nehmen, mich...

Auch Dittmar-Gharoltenburg läßt es sich nicht nehmen, mich... Wenn Kollege Herrmann-Berlin meint, das ich einen eben...

Wenn Kollege Herrmann-Berlin meint, das ich einen eben... Hoffentlich habe ich es nicht mehr nötig, mit Beziehungen...

(Wir bitten dies nur kurz und präzis zu thun. D. R.)

Mitteilungen.

Bahnung. Als die Organisation in den letzten Jahren... Bei der diesigen Kollegen gut durchgeführt war und dieselben...

Veereinsnachrichten.

München 1. Bev. August Neubauer, Untere Fleischstr. 5. 2. Bev. 3. Bev. 4. Bev. 5. Bev. 6. Bev. 7. Bev. 8. Bev. 9. Bev. 10. Bev. 11. Bev. 12. Bev. 13. Bev. 14. Bev. 15. Bev. 16. Bev. 17. Bev. 18. Bev. 19. Bev. 20.

